

Ronny Noak

„Blut und Bildung“. Die Gesellschaft Deutscher Staat als Scharnier zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus

Die Gesellschaft Deutscher Staat (GDS) war eine 1920 im universitären Umfeld gegründete Vereinigung, die der Deutschnationalen Volkspartei nahestand. Dieser Artikel stellt die Ideologie und Schulungsarbeit der GDS in den Fokus und zeigt ihre Bedeutung während der Weimarer Republik auf. Die Untersuchung basiert auf der Schriftenreihe und der Bildungsarbeit der Gesellschaft. Es wird gezeigt, dass die GDS als eine jener konservativen und völkisch-nationalistischen Bewegungen eingestuft werden kann, die eine Verbindung zwischen dem rechten Konservativismus und dem aufstrebenden Nationalsozialismus bildeten und vor allem durch ihren frühzeitig rassistisch begründeten Antisemitismus anschlussfähig wurden.

The Gesellschaft Deutscher Staat (Association of the German State) was an organization founded in 1920 that mainly consisted of people closely connected to the German National People's Party. It was a coalition located near the university. This article focusses on the ideology and training work of the Gesellschaft, demonstrating its importance during the Weimar Republic. The study explores the association's publication series and educational work. It will be shown that the GDS can be classified as one of the conservative, "völkisch" and nationalist movements that made a link between the right-wing conservative milieu and National Socialism then on the rise. Above all, its appeal derived from its early adherence to racially motivated antisemitism.

1. Alte Eliten auf neuen Wegen

„Tausend Jahre wie ein Tag – das gilt auch in der Staatskunst. Wohl hoffen wir nun in Frist von Jahren oder Jahrzehnten unser Befreiungswerk zu vollbringen. Wenn wir es dann mit Höchsteinsatz unserer sittlichen Kraft anfassen, so lehrt Armin¹, daß der deutsche Geist noch ganz andere Triumphe feiert, als einen tagespolitischen Erfolg, oder selbst einen solchen, der ein Jahrhundert überdauert. Deutscher Geist ist schlechthin unsterblich.“²

Mit diesen Worten resümierte die Gesellschaft Deutscher Staat (GDS)³ das eigene Wirken im Zuge ihres zehnjährigen Bestehens – voller Überzeugung vom Erfolg der

¹ Gemeint ist Arminius, dessen Sieg über die Römer im Teutoburger Wald für die extreme Rechte bis heute zu den Gründungsmythen des deutschen Volkes zählt. So wurde als Kernelement völkischer Weltanschauung eine Kontinuität und Gleichsetzung germanischer und deutscher Geschichte konstruiert. Vgl. Köck, Julian: „Die Geschichte hat immer Recht.“ Die Völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder. Frankfurt am Main 2015, S. 321–326.

² Vorstand der Gesellschaft Deutscher Staat (Hg.): Grundlinien deutscher Staatsauffassung. Festgabe zum zehnjährigen Bestehen der Gesellschaft Deutscher Staat. Langensalza 1931, S. 29.

³ Stellenweise erfolgte die Nennung als Gesellschaft „Deutscher Staat“ e. V. Hier wird einheitlich die Schreibweise ohne interne signa citationis verwendet.

eigenen Arbeit und im Vertrauen, nahe vor einer historischen Zäsur zu stehen, in der der „deutsche Geist“ wieder zu neuer Blüte und Stärke erwachsen sollte. Wie Arminius gegen die Römer habe die Gesellschaft den Kampf des Staates gegen Unfreiheit und Bedrängnis geschlagen. Der „Unterwerfung“ entgegentretend, habe die Gesellschaft ihre Arbeit beharrlich für die Fortexistenz des „deutschen Geistes“ geführt, der – aus Sicht ihrer Mitglieder – der aktuellen Epoche verloren gegangen sei. Damit habe sie die Grundlage für das Wiedererstarken des Deutschen Reiches gelegt.

Von welcher „Staatskunst“ war hier jedoch die Rede? Mit welchen Formen und Inhalten hatte die GDS zwischen 1920 und 1933 ein neues Reich schaffen wollen? Welche Vorstellung einer deutschen Staatslehre und eines zukünftigen deutschen Staates besaßen die Mitglieder und wie versuchten sie diese umzusetzen? Wo stand die GDS damit im politischen und gesellschaftlichen Gefüge?

Diese Fragen strukturieren diesen Aufsatz. In ihm werden zunächst die wesentlichen Protagonisten der GDS vorgestellt. Anschließend erfolgt unter Bezug auf die selbst herausgegebene Schriftenreihe eine Untersuchung des Weltbildes der Gesellschaft. Aufgrund der umfassenden Publikationstätigkeit wird sich dabei auf herausgehobene Aspekte sowie wiederkehrende Thematiken und Motive konzentriert. Anschließend wird sich der praktischen Arbeit der GDS gewidmet. Hierbei geht es vor allem um die Forschungs- und Schulungstätigkeit. Zusätzlich wird die Vernetzung und Verortung der GDS innerhalb des deutschnationalen Spektrums betrachtet. Damit lässt sich beleuchten, auf welche Art die Gesellschaft den Versuch unternahm, ihre ideologischen Prämissen in die Tat umzusetzen. Schließlich lässt sich so der Beitrag und die Stellung eines radikalen Flügels zur bzw. gegen die erste deutsche Demokratie herausfiltern.

Zunächst erfolgt jedoch eine kurze Einordnung der GDS in das politische Spektrum der Weimarer Republik. Die Gesellschaft bewegte sich vor allem im Umkreis des universitären und parteigebundenen Konservatismus der Zwischenkriegszeit. Diese lange Zeit kaum detailliert untersuchte Strömung, die häufig mit dem Schlagwort „alte Eliten“ versehen wurde, erfuhr erst allmählich eine tiefergehende Analyse. Dabei zeigte sich, dass der Konservatismus der Weimarer Republik – vor allem in seiner Ausprägung in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) – ideologisch und politisch einen starken Wandel erlebte. Er konnte sich sowohl mit der Demokratie abfinden als auch nach einer Führerfigur verlangen. Er lehnte Parlamentarismus und Parteien ab, konstituierte sich aber selbst als Partei. Deutlich wird diese Ambivalenz daran, dass die DNVP sogar der Reichsregierung angehörte, während Teile der Partei das Ende der Weimarer Demokratie forderten.⁴ Was die Konservativen der Zeit jedoch immer wieder einte, war

⁴ Zur ideologischen und organisatorischen Bandbreite des Konservatismus im Umkreis der DNVP vgl. Heinson, Kirsten: *Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 155). Düsseldorf 2010; Jones, Larry Eugene (Hg.): *The German Right in the Weimar Republic: Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*. New York, Oxford 2014; Ohnezeit, Maik: *Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutsch-nationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 158). Düsseldorf 2011; Kittel, Manfred: „Steigbügelhalter“ Hitlers oder „stille Republikaner“? Die Deutschnationalen in neuerer politikgeschichtlicher und kulturalistischer Perspektive, in: Kraus, Hans-Kristof/Nicklas, Thomas (Hg.): *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*. München 2007, S. 201–235.

das Ziel der Revision des Versailler Vertrages, die Ablehnung revolutionärer Umstürze und schließlich der weitverbreitete Antisemitismus.

An diese Kernthemen knüpfte die GDS an. Trotz der Tatsache, dass ihre Mitglieder sowohl in der DNVP als auch in der universitären Forschung und Lehre prominente Positionen einnahmen, ist sie bisher kaum untersucht und ihr Einfluss nicht aufgezeigt worden.⁵ Dass sie eine bedeutsame Scharnierfunktion zwischen den politischen Milieus der Zeit innehatte, wird zu zeigen sein.

2. Gründung, Vorstand und Mitglieder der GDS

Die Gründung der GDS datiert auf das Jahr 1920. Zwei Jahre nach der Ausrufung der Weimarer Republik und ein Jahr nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hatte sich eine Gemeinschaft gefunden, die diese Ereignisse rückgängig machen wollte. Dass dabei Jena als Sitz der Gesellschaft gewählt wurde, mag zum einen an der beruflichen Tätigkeit der Vorsitzenden in der Saalestadt gelegen haben, ist aber zum anderen auf das besondere Klima an der Universität und im Land Thüringen zurückzuführen. Gerade im Herzen der jungen Republik hatte sich ein Netzwerk als „eine unheimliche Allianz gegen den republikanischen Geist von Weimar“, gegen die kulturelle Moderne und besonders gegen die „linksrepublikanische Reformpolitik der KPD-tolerierten sozialistischen Landesregierungen“⁶ gebildet. Verbunden waren damit auch antisemitische Einstellungen der universitären Gelehrten, so bei Ludwig Plate und Hans F. K. Günther.⁷ Teil dieser „unheimlichen“ und vor allem antidemokratischen Allianz wurde ab 1920 auch die aus dem Umfeld der Jenaer Philosophieprofessoren Max Wundt und Bruno Bauch entsprungene GDS.

Laut ihrer Selbstbeschreibung verstand sich die GDS als „eine Vereinigung von Männern der Wissenschaft und des tätigen Lebens zur Begründung einer nationalen Staatslehre und zur Verbreitung eines lebendigen deutschen Staatsbewusstseins“⁸. Neben der Ausarbeitung einer Staatstheorie, deren Grundlagen im nächsten Kapitel betrachtet werden, verschrieb man sich der Ausbildung eines Staatsbewusstseins. Damit verbinden sich erste Probleme. Der Begriff der „nationalen Staatslehre“ war relativ eindeutig eingrenzbar und bezog sich auf die Zusammensetzung der Nation, ihren Aufbau sowie die Gestaltung von Entscheidungsfindungen. Der Begriff des „lebendigen deutschen Staatsbewusstseins“ war hingegen weniger klar definiert. Der Diskurs der Zeit verstand darunter unter anderem die Darstellung der historischen und kulturellen Leistungen des deutschen Volkes bzw. der deutschen Nation und die darin begründete

⁵ Explizit der GDS widmete sich einzig eine unveröffentlichte und nicht zugängliche Magisterarbeit: Opitz, Jörg: Die Gesellschaft „Deutscher Staat“ – Akademiker im Banne des Konservatismus. Jena 1997 (MS).

⁶ Hoßfeld, Uwe/John, Jürgen/Lemuth, Oliver/Stutz, Rüdiger: „Kämpferische Wissenschaft“: Zum Profilwandel der Jenaer Universität im Nationalsozialismus, in: dies. (Hg.): „Im Dienst an Volk und Vaterland“. Die Jenaer Universität in der NS-Zeit. Köln, Weimar, Wien 2005, S. 1–126, hier S. 35.

⁷ Zum Antisemitismus an der Universität Jena vor Wundts Amtsantritt vgl. Faludi, Christian: Der „neue“ gegen den „alten Geist“. Reformwille und Widerstände an der Universität Jena, in: Braune, Andreas/Dreyer, Michael (Hg.): Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach der Normalität (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 2), S. 285–306.

⁸ [Einladung Haupttagung in Plauen der GDS 1927], in: Bundesarchiv (BArch), R 1507/2218, Bl. 8 f., hier Bl. 8.

Überlegenheit gegenüber anderen Staaten.⁹ Die GDS verfolgte das Ziel, der militärisch besieigten Nation Deutschland zu verlorengangener Größe zu verhelfen und einen Staat zu errichten, dessen Leistungen die Geschichte überdauern. Die Verankerung dieser höheren Aufgabe im Bewusstsein der Staatsbürger galt als Zweck der Gemeinschaft. Der Staat wurde somit zur obersten Maßgabe aller Handlungen. Rhetorisch und inhaltlich knüpfte man damit an das Kaiserreich an.¹⁰

Das Ziel der Begründung einer nationalen Staatslehre aus dem Kreis der GDS wurde zunächst verfehlt. Für die Jahre 1920–1924 lassen sich keine Aktivitäten ausfindig machen. Es blieb beim Bekenntnis, das aus den zeithistorischen Erfahrungen resultierte. Innenpolitische Ereignisse (Kapp-Putsch, Hyperinflation, Reichsexekution gegen Thüringen) hatten die tatsächliche Umsetzung dieses Vorhabens verhindert. Dennoch ist das fehlende Auftreten bemerkenswert. Schließlich hatte sich in Thüringen bereits während des Ersten Weltkrieges und auch im Anschluss daran eine völkische Szene gebildet, die sich unter anderem im in Gotha ansässigen Deutschbund und der mitgliederstarken Deutschvölkischen Freiheitspartei (und später der NSDAP) äußerte.¹¹ Es war der GDS aber nicht gelungen, Anschluss an das völkische Milieu zu finden.

Diese änderte sich erst mit der Übernahme des Vorsitzes durch Max Wundt (1879–1963). 1879 geboren, wurde Wundt nach seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg noch 1918 außerordentlicher Professor in Marburg. Nach einer kurzzeitigen Anstellung an der Universität Dorpat (heute Tarfu in Estland) wurde er 1920 auf Bestreben Bruno Bauchs – mit dem Wundt in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft aktiv war – in Jena Professor für Philosophie. Hier verblieb er bis 1929. Anschließend wechselte er an die Universität Tübingen. Neben seiner akademischen Betätigung¹² galt Wundt als zentraler Akteur für die Alldeutsche Bewegung, für die er die philosophischen Grundlagen entwickelte.¹³ Spätestens ab 1924 bis zur Auflösung der GDS leitete Wundt die Gesellschaft.¹⁴ Ob er in dieser Zeit Mitglied der DNVP gewesen ist, lässt sich nicht zweifelsfrei feststellen, seine Verortung im Umkreis des völkischen Flügels ist hingegen nicht bestreitbar.¹⁵

⁹ Vgl. Geier, Andreas: Hegemonie der Nation. Die gesellschaftliche Bedeutung des ideologischen Systems. Wiesbaden 1997, S. 133.

¹⁰ Vgl. Hardtwig, Wolfgang: Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewusstsein im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, in: Geschichte und Gesellschaft 16 (1990), 3, S. 269–295.

¹¹ Vgl. Ulbricht, Justus H.: Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk in Thüringen 1900–1930, in: Heiden, Detlev/Mai, Gunther (Hg.): Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“. Erfurt 1996, S. 41–64.

¹² Zum Werdegang und der akademischen Arbeit sowie zur Debatte um die Einsetzung Max Wundts als Professor in Jena vgl. Tilitzki, Christian: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Teil 1. Berlin 2002, S. 123–129. Ausführlich untersucht wird Wundts Werdegang, vor allem nach 1933, in Hantke, Manfred: Geistesdämmerung. Das Philosophische Seminar an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen 1918–1945 (zugleich Dissertation 2015), online unter: <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/63403/Geistesdaemmerung%20Tobias%20LibPDF.pdf?sequence=1&isAllowed=y> [22.02.2022].

¹³ Zur Verankerung und Bedeutung Wundts im alldeutschen Milieu vgl. Jungcurt, Uta von: Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik: Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit. Berlin 2016, S. 172–175.

¹⁴ Das Landeskriminalpolizeiamt Berlin verzeichnete zwar eine Notiz, dass Wundt den Vorsitz im Zuge seines Wechsels an die Universität Tübingen 1930 niedergelegt habe. Er wurde in der Folge aber weiterhin als Vorsitzender geführt. Vgl. Mitteilungen des PP Landeskriminalpolizeiamtes Ia Berlin, in: BAArch, R 1501/126016, Bl. 1.

¹⁵ Hantke, Geistesdämmerung, 2015, S. 190 f., bezeichnet Wundts Mitwirken im völkischen Flügel der DNVP als zweifelhaft. Da er aber als Redner bei der Zweiten Völkischen Tagung der DNVP vorgesehen war, lässt sich dies gegenteilig belegen. Vgl. o. A.: Zweite Völkische Tagung der Deutschnationalen Volkspartei, in: Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei, Nr. 169 vom 07.10.1924.

An die Seite des Vorsitzenden trat der Vorstand. Diesem gehörten Paul Bang (1879–1945), der Rittergutsbesitzer C. Falkenhagen(-Rothenbach, später Falkenhagen-Miehla/Werra [Lebensdaten unbekannt]), Dr. Heinrich Freiherr von Minnigerode (1885–1950) und ab Oktober 1925 Dr. Claus von Eickstedt (1891–1980) an.¹⁶ Die Zusammensetzung des Vorstandes war damit von einer erstaunlichen Kontinuität geprägt. Von 1925 bis zur Auflösung im Januar 1934 bestand dieser Vorstand ungebrochen fort. Er wurde nur ergänzt um Max Kloss (1873–1961). Zum Ehrenvorsitzenden wurde der Historiker Georg von Below (1858–1927) ernannt.

Aus dem Kreis des Vorstands gehörte Paul Bang zu den bekannteren Personen der Weimarer Zeitgeschichte. Als Jurist im Kaiserreich im Staatsdienst tätig, trat er nach 1918 in die DNVP ein. Seine Bekanntheit beruhte auf den Ereignissen des Kapp-Putsches 1920. Hier war Bang als möglicher Finanzminister vorgesehen. Das Scheitern des Putsches verhinderte jedoch diesen Aufstieg. Es folgte der Wechsel in die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes. 1921 wurde Bang zusätzlich in das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands aufgenommen. Diesem Milieu blieb er verhaftet. 1924 sollte er unter anderem als Referent vor Offizieren der Potsdamer Reichswehr über den Dawes-Plan sprechen, wogegen sogar öffentlich interveniert wurde.¹⁷ Bang zählte zu den wichtigsten Vertretern des völkischen Gedankens in den Nachjahren des Kapp-Putsches. 1928 erlangte er ein Reichstagsmandat für die DNVP, das er bis 1945 ausübte. Vom Februar bis zum Juni 1933 gelangte er als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium schließlich nahezu in jene Position, die ihm bereits während des Kapp-Putsches angedacht war. Als Stellvertreter Alfred Hugenberg's saß er an einer der wichtigsten Positionen für die Deutschnationalen.

Weniger bekannt sind hingegen die Werdegänge der Vorstandsmitglieder Falkenhagen, von Eickstedt und Minnigerode. Letzterer hatte sich nach Ende des Ersten Weltkrieges zunächst aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Erst in den späten 1920er Jahren fand Minnigerode als Privatdozent in Marburg wieder an die Universität. Der später hinzugewonnene Max Kloss, ein weiterer Vertreter des Alldeutschen Verbandes, hatte noch während des Krieges für die Arbeit der Alldeutschen geworben. 1919 hatte er als DNVP-Mitglied an der Verfassungsgebenden Preußischen Nationalversammlung teilgenommen. Nach 1933 wurde der Professor für Elektrische Maschinen zum wichtigen Bindeglied zwischen Alldeutschem Verband, NSDAP und GDS. Dabei lagen Kloss' Sympathien offenbar stärker beim Alldeutschen Verband, dessen Massenwirkung in der politischen Willensbildung er hervorgehoben hatte.

Der Vorstand, der immerhin knapp zehn Jahre in dieser Konstellation tätig war, entsprang damit einem engen Ausschnitt aus der Gesellschaft der Weimarer Republik. Alle entstammten einer Generation, die während des Kaiserreiches sozialisiert wurde und im Weltkrieg aktiv gedient hatte. Sie einte das Gefühl der Niederlage und des Verlusts der zuvor abgesteckten gesellschaftlichen Bestimmung. Ihre Herkunft aus akademisch-bürgerlichen bis hin zu adeligen Häusern waren ein gemeinsames Merkmal. Max' Vater etwa war der einflussreiche Psychologe Wilhelm Wundt, der an der Universität Leipzig lehrte. Minnigerode entstammte einem Majorshaushalt und war wie

¹⁶ Vgl. [Einladung Haupttagung in Plauen der GDS 1927], in: BArch, R 1507/2218, Bl. 8.

¹⁷ Vgl. Zeitungsausschnitte, in: BArch, R 8048/288.

Wundt vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges promoviert worden. Die wissenschaftliche Laufbahn des Vorstandes war damit bereits im Kaiserreich vorgezeichnet und wurde durch den Krieg nur unterbrochen. Keines der Vorstandsmitglieder pflegte nachweisbar umfassende Kontakte außerhalb des eigenen Milieus. Die im Kaiserreich etablierte Schicht einer wissenschaftlichen Bildungselite, die sich politisch konservativ engagierte, fand hier ihre reale Zusammenkunft. Die einzige bekannte Frau im Vorstandskreis war die Geschäftsführerin Emmy Hesse. Sie hatte ihr Amt 1927 als Nachfolgerin des in den Landesvorsitz der sächsischen DNVP berufenen Joachim von Volkmann angetreten.

Ähnlich defizitär wie die Überlieferung der Biografien einiger Vorstandsmitglieder ist auch die Quellenlage bezüglich der Mitgliedschaft in der GDS. Aufgrund fehlender interner Mitteilungen lässt sich diese nur schwerlich beziffern. Es findet sich einzig die Angabe, dass die Gesellschaft im Juli 1934 250 Mitglieder zählte, die keine Hochschullehrer waren.¹⁸ Bereits zuvor findet sich in einem Schreiben von Wundt der Hinweis, dass der Großteil der Mitglieder nicht den Hochschulen angehörte.¹⁹ Demnach dürfte die Gesellschaft nach 1933 wohl nicht mehr als 400 Mitglieder verzeichnet haben. Die Zahl der Mitglieder hatte schätzungsweise 1928 ihren Höhepunkt erreicht. In der Forschungsliteratur wird häufig eine besondere Personengruppe als Mitglieder hervorgehoben: jene, die in den *Schriften zur politischen Bildung*, der Schriftenreihe der GDS, publizierten. Neben den genannten Vorstandsmitgliedern waren dies vor allem Julius Binder, Adalbert Wahl und Hermann Schwarz. Schwarz war bereits 1923 der NSDAP beigetreten. Ebenso genannt sei Walther Merk. Er hatte bis 1933 zwei Texte zu der Schriftenreihe beigetragen, in denen er die Grundlagen eines völkischen Staates ausarbeitete. Zudem hatte er die Habilitation des Vorstandsmitglieds Minnigerode betreut. Hinzu kommen jene Personen, die nur einzelne Schriften für die Reihe verfasst haben, jedoch zu den prominenten Konservativen der Weimarer Republik zählten: Dietrich Preyer, Alexander Graf von Brockdorff, Bruno Bauch und Reinhold Georg Quatz.²⁰

Die GDS war damit mehr als der „Hochschullehrerverband der DNVP“²¹. Zwar versammelte der Verband eine Vielzahl an Professoren und Hochschullehrern, deren Nähe zur DNVP war jedoch offenbar kein Aufnahmekriterium. Vielmehr waren die weltanschaulichen Übereinstimmungen maßgebender als die Parteimitgliedschaft. Diese stellte, wie im Fall von Hermann Schwarz, kein Ausschlusskriterium dar.

3. „Volk, Volkstum, Volkheit“. Programmatik und Weltanschauung der GDS

Die GDS hatte es sich zum Ziel gesetzt, ein neues Reich zu begründen und hierfür die personellen wie auch ideologischen Grundlagen zu schaffen.²² Die vertretene Weltanschauung lässt sich dabei vor allem aus der Reihe *Schriften zur politischen Bildung*

¹⁸ Vgl. o. A.: Schreiben vom 18. Juli 1934, in: BArch, R 8088/1045, Bl. 3.

¹⁹ Vgl. Schreiben von Wundt an Dr. Fischer, vom 10. Januar 1934, in: BArch, R. 8088/1042, Bl. 14 f.

²⁰ Aufzählung bei Hantke, *Geistesdämmerung*, 2015, Anm. 1037.

²¹ Hantke, Manfred: Von braunen und anderen Geistern. Die Tübinger Philosophen Max Wundt und Theodor Haering in Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Vortrag auf Einladung der Geschichtswerkstatt und des Lern- und Dokumentationszentrums Tübingen, 28. April 2016 [MS], S. 6.

entnehmen. Diese wurde bis 1925 in loser Folge als Teil von *Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin* herausgegeben und anschließend in zunächst zehn Reihen gegliedert. Nach 1933 kamen zwei weitere Reihen hinzu, die eine nationalsozialistische Handschrift trugen.²³ Bis zum Jahresende 1932 umfasste die Schriftenreihe 99 Bände. Die umfassendste Reihe war jene zur Wirtschaft. Es folgten: Volkstum, Geschichte, Grenzland und Verfassung.

Bereits diese Reihung macht deutlich, dass sich die Arbeit der GDS im Laufe der Jahre verlagerte. Die Staatslehre, der ursprüngliche Kernaspekt der Arbeit, umfasste für die Vereinigung mehr als das klassische Feld der Rechts- und Verfassungslehre. So fokussierte die GDS vor allem auch auf historische Themen, die in der äußersten Rechten den Diskurs in Staatsfragen bestimmten. Die Geschichte des deutschen Staates wurde damit zum zentralen Analysegegenstand der Betrachtungen. Aus ihr heraus sollte der Entwurf einer Zukunft für den deutschen Staat entstehen, der im Sinne der völkischen Ideologie den Kampf gegen alle anderen Völker aufnehmen sollte.²⁴ Dabei beeinflussten drei Themen die Zukunft des deutschen Staates: erstens die Frage nach der Auslese der Führerschaft, zweitens das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft sowie drittens die Wirtschaftsordnung.

Aufgrund der Vielzahl der verschiedenen Vorstellungen ist es nicht abschließend möglich, herauszuarbeiten, welche Staatsform die GDS konkret präferierte. Allerdings lässt sich ein Kern als Grundlage der Arbeit herausstellen: die Frage nach der Schaffung einer Führung. An einigen Stellen ist eine Erbmonarchie als Idealvorstellung erahnbar. Selbst Wundt tritt aber eher für die Stärkung der Rechte des Reichspräsidenten sowie die Schaffung eines Ständeparlaments ein. Oberstes Ziel bleibt bei Wundt dabei die Auflösung der Parteien.²⁵

Dieses Prinzip der Verfassungsänderung ist jedoch keinesfalls einhellig präferiert worden. Vielmehr soll sich die Frage der Führerschaft durch das oberste Prinzip der Auslese regeln. Dem Individualismus, dem der Vorwurf der Gleichmacherei gemacht wurde, setzte man das Prinzip der sozialen Auslese entgegen. Als einem einflussreichen Vordenker widmete Paul Tanck Otto Ammon hierfür sogar eine eigene Schrift.²⁶ Tanck übernahm darin die Argumentation, dass nicht die Masse – und erst recht nicht die Arbeiterschicht oder die Juden – die Geschicke des Staates leiten oder darauf Einfluss nehmen sollte, sondern die nationale Politik von den gebildeten und besitzenden Klassen ausgeführt werden sollte.²⁷ Nationale Politik bedeutete dann die Rückkehr zur Großmacht und die Revision des Versailler Vertrages. Die „Arbeit an der inneren Erneuerung der im Erwachen begriffenen Nation im Geiste des deutschen

²² Während der Weimarer Republik entstand eine Vielzahl von neuen Reichsentwürfen, beispielsweise die von Oswald Spengler und Hans F. K. Günther. Zu deren Wirkmacht vgl. Breuer, Stefan: Vom „Imperium Germanicum“ zum „Nordischen Rassenstaat“, in: Braune, Andreas/Dreyer, Michael (Hg.): Weimar und die Neuordnung der Welt. Politik, Wirtschaft, Völkerrecht nach 1918 (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 11). Stuttgart 2020, S. 193–210.

²³ Es traten die Reihen „Rasse“ und „Erziehung“ hinzu.

²⁴ Bereits Kurt Sontheimer hob die Bedeutung des eliminatorischen Freund-Feind-Denkens der Deutsch-Völkischen gegen andere Völker hervor. Vgl. Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. 3. Auflage. München 1992, S. 130–134.

²⁵ Vgl. Wundt, Max: Die Zukunft des deutschen Staates. Langensalza 1923, S. 22–26.

²⁶ Vgl. Tanck, Paul: Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen nach Otto Ammon und die Bedeutung dieser Lehren für die heutige Zeit (= Schriften zur politischen Bildung, 8. Reihe, H. 9). Langensalza 1928.

²⁷ Vgl. Tanck, Gesellschaftsordnung, 1928, S. 56 f.

Freiheitsgedankens²⁸ durch den Gedanken des Volkstums zu verfestigen, stellte eine der geforderten Aufgaben dar.

Wo Tanck sich über die Gewinnung ebenjener zur Politik befähigten Personen ausgesprochen hatte, knüpfte die im Kreis der GDS häufig angeführte und breit rezipierte Arbeit *Führerauslese in der Demokratie* von Julius Binder an.²⁹ In dieser will Binder zunächst zeigen, dass die Demokratie keine geeigneten Führer hervorbringen könne, da hier allein „die bloße Übermacht der Zahl“³⁰ zur Führerschaft ver helfe. Für Binder ist der Individualismus der Demokratie abzulehnen, weil in ihr „schließlich jedes, auch das absurdeste Ziel politischen Handelns die Weihe relativer Gültigkeit erhält, womit der Streit der Parteien und der Gegensatz ihrer Programme verewigt und mehr als durch irgendwelche schlechte Verfassungen die Aussicht auf politisch erfolgreiches Handeln vernichtet wird“³¹.

Nicht die Austragung politischer Konflikte und Interessengegensätze sei das Wesen eines Staates, sondern sein Wirken in der Geschichte. Dieses wiederum sei bedingt durch die Fähigkeiten der Führerschaft, die nun eben nicht durch partizipative oder demokratische Prozesse beschränkt würden. Was Binder dagegen setzt ist nicht die demokratische Legitimation einer Person und die prinzipiell mögliche politische Betätigung aller Individuen. Für ihn ist zunächst die „Selbstausslese“ das entscheidende Prinzip, sodass „nur eine gewisse Zahl von überdurchschnittlichen Leuten überhaupt zur politischen Betätigung kommt“³². Diese werden „durch Zucht und Erziehung [...] der Herrscher geschaffen“ bzw. „durch die Generationen der Dynastie [gezüchtet]“³³.

Binder denkt den Staat als Organismus, als „geschichtliches Wesen, das aus den Tiefen der Vergangenheit in die Gegenwart hineinreicht und über sie hinaus in die Zukunft strebt“³⁴, und erhebt den Adel zum führenden Teil dieses Organismus, da der Adel durch besondere Züchtung dafür vortrefflich geeignet scheint. Dabei handelt es sich nicht um eine metaphorische Verwendung des Begriffs „Züchtung“, sondern der Begriff ist, wie sich weiter zeigt, in der Tat wörtlich zu verstehen: „[O]bwohl sie [die Gegenwart; Anm. R. N.] die Bedeutung der Züchtung für den Menschen und die Reinheit der Nation als eines Blutszusammenhanges erkannt hat, [hat sie] mit ihrem politischen Individualismus das natürliche Band zwischen Fürst und Volk, den Lebenszusammenhang zerrissen.“³⁵ Deutlich artikuliert Binder den Aspekt des Völkischen. Die Form des Machterwerbs durch Adelsheirat scheint in diesem Zusammenhang ausgeschlossen. Erst jene Führer, die aus der Geschichte des Staates

²⁸ J. N. [Joachim Nehrning]: Befreiung vom Händlergeist. Abschluß der Tagung der Gesellschaft Deutscher Staat, in: Deutsche Zeitung vom 08.10.1930.

²⁹ Die Führerauslese spielte in der politischen Rechten der Weimarer Republik eine gewichtige Rolle. Sie sollte sich deutlich von den demokratischen Prinzipien unterscheiden. Vgl. Breuer, Stefan: Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945. Darmstadt 2001, S. 137–143.

³⁰ Binder, Julius: Führerauslese in der Demokratie (= Schriften zur politischen Bildung, 1. Reihe, H. 6). Langensalza 1929, S. 46.

³¹ Binder, Führerauslese, 1929, S. 43.

³² Binder, Führerauslese, 1929, S. 55. Ein Dreiklassenwahlrecht lehnt Binder an dieser Stelle sogar ab, da es auf materiellen Privilegien beruhe, die keine Auskunft über politische Befähigung geben würden. Vgl. Binder, Führerauslese, 1929, S. 49.

³³ Binder, Führerauslese, 1929, S. 60.

³⁴ Binder, Führerauslese, 1929, S. 49.

³⁵ Binder, Führerauslese, 1929, S. 61.

erwachsen, sind durch dynastische Prägung „im Geist der Nation, der [...] diese Auslese vornimmt“³⁶, geeignet, Träger des Staates zu werden.

Dies führt zum zweiten wiederkehrenden Motiv: der Vorstellung der Gesellschaft als Organismus. Dieser Topos war zwar nicht nur in der GDS elementar, sondern bildete vielmehr einen der Wesenskerne konservativen Denkens der Zeit. Allerdings vertrat die GDS eine radikale Vorstellung des Motivs. Zentral wurde hierbei die Argumentation mit dem Terminus der Volksgemeinschaft – der Juden ausschloss. Durch die Herbeiführung dieser und eine Verbindung der Volksgemeinschaft mit dem Staat gelte für den Einzelnen: „[M]it Leib und Seele, sind wir gebunden an die Volksgemeinschaft, der wir zugehören.“³⁷ Die Volksgemeinschaft ist für die Mitglieder der GDS gebunden an den Staat. Obschon der Terminus der Volksgemeinschaft nicht nur in antidemokratischen Kreisen Verbreitung fand,³⁸ hatte die GDS hierbei eine radikale Form vor Augen: Sie verstand die Volksgemeinschaft unter Rückgriff auf das Beispiel der alten Germanen „als ein[en] organisch[] auf Bluts- und Abstammungsgemeinschaft beruhende[n] Personenverband von Volksgenossen“³⁹. Dementsprechend hatte die Staatslehre für die GDS nicht nur Fragen des politischen Systems zu berühren, sondern war ganz im Sinne der völkischen Erwachsenenbildung der Zeit als „Volk-Bildung“⁴⁰ zu begreifen. Der Rückgriff auf das Germanentum diente dabei „zur Legitimation ihrer [der völkischen Bewegung; Anm. R. N.] auf dem Primat der [...] Rasse aufbauenden völkischen Weltanschauung“⁴¹ und wies auch eine antisemitische Stoßrichtung auf.

Was in allen Schriften und allen Gedankengängen in der GDS hervortritt, ist schließlich der tiefverwurzelte Antisemitismus, mit dessen Hilfe sämtliche Elemente – Ständestaat, Volkstum, Niedergang des Deutschen Reiches usw. – begründet werden. Besonders wird er immer wieder instrumentalisiert, um den Niedergang des Kaiserreiches und der althergebrachten Ordnung erklären zu können. So war „die Emanzipation des in Deutschland sehr zahlreich vorhandenen Judentums“⁴² für Georg von Below einer der wesentlichen Gründe dafür, dass sich unter den Deutschen keine politische Befähigung ausgeprägt habe. Max Wundt als Vorsitzender hatte bereits 1923 die „internationale Hochfinanz“, die „sich heute vor allem der Westmächte für ihre Zwecke bedient“⁴³, als erbitterten Gegner des deutschen Staates ausgemacht, und Walther Merk sah „die strengen Bestimmungen gegen die Vermischung von edlem mit unedlem [gemeint ist jüdisches; Anm. R. N.] Blute“⁴⁴ in mittelalterlichen

³⁶ Binder, Führerauslese, 1929, S. 66.

³⁷ Hirsch, Emanuel: Die Liebe zum Vaterlande (= Schriften zur politischen Bildung, H. 12.). 3. Auflage. Langensalza 1924, S. 7.

³⁸ Vgl. Retterath, Jörn: „Was ist das Volk?“. Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924. Berlin, Boston 2016.

³⁹ Merk, Walther: Der germanische Staat (= Schriften zur politischen Bildung, 1. Reihe, H. 5). Langensalza 1927, S. 12 f.

⁴⁰ Zu weiteren Beispielen der völkischen Erwachsenenbildung, in die sich auch die GDS eingliedern lässt, vgl. Ulbricht, Justus H.: Völkische Erwachsenenbildung. Intentionen, Programme und Institutionen zwischen Jahrhundertwende und Weimarer Republik, in: Puschner, Uwe/Schmitz, Walter/Ulbricht, Justus H. (Hg.): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918. München u. a. 1996, S. 252–276.

⁴¹ Puschner, Uwe: Die Germanen im völkischen Weltanschauungskosmos, in: Langenbach, Martin (Hg.): Germanenideologie. Einer völkischen Weltanschauung auf der Spur. Bonn 2020, S. 70–100, hier S. 80.

⁴² Vgl. Below, Georg von: Die Hemmnisse der politischen Befähigung der Deutschen und ihre Beseitigung (= Schriften zur politischen Bildung, H. 13). Langensalza 1924, S. 13.

⁴³ Wundt, Zukunft des deutschen Staates, 1923, S. 8.

⁴⁴ Walther, Der germanische Staat, 1927, S. 18 f.

Herrschaftsformen, bei denen „rechtsfähig nur der Volksgenosse, rechtlos und von jeder Mitwirkung im öffentlichen Leben ausgeschlossen der Volksfremde“⁴⁵ ist, als maßgebend an.

Aus der Schriftenreihe lassen sich drei grundlegende weltanschauliche Gemeinsamkeiten und Charakteristika herausfiltern. Das in den Schriften zutage tretende Denken ist

1. antidemokratisch, da nur eine qua Geburtsrecht legitimierte Elite die Geschicke des Staates zu leiten habe;
2. nationalistisch, da die Größe und Politik eines Staates vorwiegend an seiner Machtstellung in der Außenpolitik gemessen wird;
3. völkisch, da allein die Abstammungslehre für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk herangezogen wird.

Damit bestanden in der GDS keinerlei Hindernisse, an die Ideologie des Nationalsozialismus anzuknüpfen. Der Antisemitismus bestand hier als offensichtlichste Gemeinsamkeit, aber auch in Fragen des Staatsaufbaus und der gesellschaftlichen Ordnung sowie in den außenpolitischen Forderungen gab es weitgehende Übereinstimmungen. Im Gegensatz zu anderen Autoren der völkischen Rechten hatten die Akteure der GDS auch nicht versucht, den Begriff der Demokratie im Sinne einer Führer-, germanischen oder aristokratischen Demokratie in das eigene sprachliche Repertoire aufzunehmen. Auch so gelang der Anschluss an den NS.⁴⁶ Wichtigstes Zeugnis dieser Übereinstimmung war die Tatsache, dass die *Schriften zur politischen Bildung* nach 1933 unter anderem mit Texten von Wilhelm Frick, Joseph Goebbels und Arthur Gütt fortgesetzt wurden.

4. Durch Schulung in die Gesellschaft

Die praktische Arbeit verrichtete die Gesellschaft bei den jährlichen Haupttagungen, bei regionalen Tagungen, durch Mitwirkung an Schulungsveranstaltungen anderer Verbände sowie durch personelle Mitwirkung in diesen Verbänden. Um eine eigene Elite für einen zukünftigen Staat heranzubilden, unternahm die GDS umfassende Schulungstätigkeiten und wirkte in gesellschaftlichen Bereichen jenseits der Partei- wie auch Universitätsgrenzen.

Zentral war das Jahr 1925, in dem die GDS erstmals eine breite Schulungstätigkeit entfaltete. Mit der Durchführung einzelner Tagungen in verschiedenen Regionen ging sie über ihre ursprüngliche Arbeit hinaus. Dabei wollte sie durch die Verbindung von Wissenschaft mit dem praktischen Leben „eine deutsche Staatsauffassung“ schaffen, die die „Überlieferung des deutschen Geistes“, der durch die „fremdartige

⁴⁵ Walther, *Der germanische Staat*, 1927, S. 30. Die Volksgemeinschaft war nur ohne Juden vorstellbar. Vgl. dazu die Überlegungen zur Volksromantik als antisemitischer Ideologie bei Peham, Andreas: *Kritik des Antisemitismus*. Stuttgart 2022, S. 117–120.

⁴⁶ Zu Demokratiekonzeptionen und der Adaption eines antiindividualistischen Demokratiebegriffs in Schriften völkischer Autoren vgl. Lobenstein-Reichmann, Anja: *Der völkische Demokratiebegriff*, in: Kämper, Heidrun/Haslinger, Peter/Raithelm, Thomas (Hg.): *Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte*. Diskurse der frühen Weimarer Republik. Göttingen 2014, S. 285–306.

Staatsauffassung⁴⁷ der Republik verloren gegangen sei, neu belebe. Die regionalen Tagungen widmeten sich vorrangig den bereits dargestellten Themen. Titel wie „Ueberwindung des Parlamentarismus“⁴⁸, „Das unerlöste Deutschland“⁴⁹ oder „Der deutsche Staatsgedanke“⁵⁰ zeugen von der antidemokratischen Ausrichtung der Schulungstätigkeit der GDS. Das Jahr 1925 war dabei zugleich der Beginn wie auch – zumindest quantitativ – der Höhepunkt dieser Tätigkeit. Während 1925 innerhalb eines Monats fünf Tagungen abgehalten wurden, ging diese Zahl anschließend zurück.⁵¹

Mit der Etablierung der Schulungstätigkeit wurde der Versuch unternommen, den völkisch-radikalen und jungkonservativen Flügel einzubinden. Hierfür entspann sich eine Kooperation mit dem Politischen Kolleg bzw. der Deutschen Hochschule für nationale Politik.⁵² Zu diesem Zweck trat die GDS 1925 in direkten Kontakt mit dem Leiter des Politischen Kollegs Martin Spahn. Sowohl Spahn als auch Max Wundt waren als Referenten auf der Zweiten Völkischen Tagung der DNVP angedacht gewesen.⁵³ Ob und wann Spahn der GDS beitrug, ist nicht zu ermitteln, aber seine Tätigkeit als Hochschullehrer und der Kontakt zu Wundt legen eine Mitgliedschaft nahe.

Dass die Kooperation vor allem auf der gemeinsamen Ideologie beruhte, zeigt die Aufteilung der Schulungsarbeit. Während das Politische Kolleg mit seinen Nationalpolitischen Lehrgängen in Berlin aktiv war, hatte die GDS die Aufgabe, die Arbeit des Kollegs in Form von Wanderkursen reichsweit fortzuführen.⁵⁴ So fand der Nationalpolitische Lehrgang im Oktober 1925 in Stuttgart unter der Leitung der GDS statt. Die Referenten kamen hierbei nahezu vollständig aus dem Umfeld der GDS. Dazu gesellten sich Martin Spahn und das DNVP- und Juni-Klub-Mitglied Eduard Stadtler.⁵⁵ Mit Referaten wie „Auf dem Wege zum Dritten Reich“ sowie „Echter und unechter Volksstaat“ war die ideologische Ausrichtung klar erkenntlich. Die Kooperation wurde allerdings rasch beendet. Sowohl der GDS als auch dem Politischen Kolleg drohte der finanzielle Ruin, woraufhin alternative Möglichkeiten ergründet wurden. So war die GDS 1926 in finanzielle und personelle Nöte geraten, die ihre Tätigkeit nahezu zum Erliegen brachten.⁵⁶ 1927 ging das Politische Kolleg daher eine Arbeitsgemeinschaft mit der

⁴⁷ Wundt, Max: Staat und Geist, in: Deutsches Adelsblatt, Nr. 11 vom 23.04.1925.

⁴⁸ Vgl. Wundt, Staat und Geist, 1925.

⁴⁹ Vgl. Die Gesellschaft Deutscher Staat e. V., in: Deutsches Adelsblatt, Nr. 13 vom 11.05.1925.

⁵⁰ Vgl. Die Gesellschaft Deutscher Staat, in: Deutsches Adelsblatt, Nr. 25 vom 11.09.1925.

⁵¹ Vgl. Geschäftliche Mitteilungen, in: Mitteilungen GDS, Nr. 3, Oktober 1925, S. 3; Hesse, Emmy: Geschäftliche Mitteilungen, in: Mitteilungen der GDS, Nr. 3 und 4, Januar 1931, S. 4.

⁵² Ohne hier näher auf die Arbeit des Politischen Kollegs und der Deutschen Hochschule für nationale Politik eingehen zu können, ist festzuhalten, dass sich die GDS und das Kolleg sowohl mit Blick auf den Inhalt als auch mit Blick auf Format und Zielgruppe wenig unterschieden. Vgl. zum Kolleg Petzinna, Berthold: Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jung-konservativen „Ring“-Kreises. 1918–1933. Berlin 2000; Petzinna, Berthold: Das Politische Kolleg. Konzept, Politik und Praxis einer konservativen Bildungsstätte in der Weimarer Republik, in: Ciupke, Paul/Heuer, Klaus/Jelich, Franz Josef/Ulbricht, Justus H. (Hg.): „Die Erziehung zum deutschen Menschen“. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik (= Geschichte der Erwachsenenbildung, Bd. 23), Essen 2007, S. 101–118.

⁵³ Auch wenn diese aufgrund der vorgezogenen Reichstagswahl 1924 wohl nicht mehr stattfand. Wundt sollte zum Thema völkischer Staat, Spahn zu deutschem Recht sprechen. Vgl. Zweite Völkische Tagung der Deutschnationalen Volkspartei, in: Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei, Nr. 169 vom 07.10.1924.

⁵⁴ Vgl. Vereinbarung zwischen Gesellschaft Deutscher Staat und PK vom 11. März 1925, in: BArch Koblenz, N 1324/160.

⁵⁵ Vgl. Brief von Spahn an Dr. Jahn, vom 9. September 1925, in: BArch Koblenz, N 1324/87.

⁵⁶ Vgl. Mitteilungen GDS, Nr. 1, April 1926.

Deutschen Hochschule für Politik ein.⁵⁷ Die gemeinsame Arbeit mit der GDS wurde beendet.

Durch die Kooperation mit dem Kolleg hatte die GDS aber Eingang in die Studentenschaft gefunden. Hier verbanden sich bereits vorhandenes elitäres, völkisches und antidemokratisches Denken mit der Ausbildung kommender Führerpersönlichkeiten. Für die Weimarer Zeit galt, dass die Universitäten trotz der beginnenden Öffnung ein Hort der alten Elite blieben. Um diesen Status quo zu sichern, hatte die GDS bei der Schulungstagung der Deutschnationalen Studentenschaft, dem Hochschulverband der DNVP, im Herbst des Jahres 1927 in Weimar mit Martin Spahn, Walther Merk, Max Wundt und Eduard Spranger vier von fünf Referenten gestellt.⁵⁸

Trotz dieses Versuchs der Ausdehnung kehrte die GDS zu ihrem bereits zuvor ausgeführten Format, der jährlichen Haupttagung, zurück und entwickelte diese zu ihrem Haupttätigkeitsfeld. Die Haupttagungen standen ganz im Zeichen des Vorhabens der Schaffung eines neuen deutschen Reiches und sollten die hierfür notwendigen Grundlagen in der deutschen Geschichte und Staatsauffassung vermitteln. 1927 wies die Tagung mit Johannes Wolf, Dietrich Preyer und Bernhard Leopold drei Referenten aus der Reichstagsfraktion der DNVP auf. Hansjoachim von Rohr komplettierte als Mitglied des preußischen Landtags und Vorsitzender des Preußischen Landbundes die Reihe der Parlamentarier. Die Professoren Friedrich Lent und Andreas Voigt, Paul Bang als Vertreter des Vorstandes und Dr. Arthur Müller, ein örtliches DNVP-Mitglied aus Plauen, referierten ebenso. Letzterer hatte 1925 durch seine Agitation und die Korruptionsvorwürfe gegen den damaligen Außenminister Gustav Stresemann versucht, dessen moralische Integrität zu unterhöhlen und somit die Republik selbst zu delegitimieren.⁵⁹ Damit hatte die GDS auch praktischen Anschluss an die Arbeit der DNVP gefunden und Unterstützung durch die Reichstagsfraktion erhalten.⁶⁰

Interessant ist aber, dass die GDS selbst wahrnahm, dass ihr die Basis für die Arbeit fehlte. So konstatierte Wundt, dass die völkische Bewegung im parteipolitischen Spektrum marginalisiert worden war – womit er die Befunde Stefan Breuers in der Forschungsarbeit über die völkischen Strömungen in der Weimarer Republik bestätigt.⁶¹ Daraus leitete Wundt allerdings nicht etwa eine Schwächung, sondern eine Stärkung der Bewegung ab. Die Völkischen sollten sich schließlich gar nicht mit Tages- und Parteipolitik beschäftigen. Vielmehr ging es darum, Lehrer zu gewinnen, um „dem ganz demokratisch orientierten staatsbürgerlichen Unterricht gegenpropagandistisch entgegenzutreten“⁶².

⁵⁷ Zur DHfP vgl. Petzina, Erziehung zum deutschen Lebensstil, 2000, S. 217.

⁵⁸ Vgl. Rundschreiben Nr. 69 der DNSS, vom 19. Februar [?] 1927, S. 1–2, in: BA Berlin R 8005/352a, Bl. 4.

⁵⁹ Zum Verfahren Müller – Stresemann, das zu einer Verurteilung Müllers führte vgl. Klein, Annika: „Der Korruption Vorschub geleistet“. Stresemanns Plauer Prozess, in: Engels, Jens Ivo/Fahrmeir, Andreas/Monier, Frédéric/Olivier Dard (Hg.): Krumme Touren in der Wirtschaft. Zur Geschichte ethischen Fehlverhaltens und seiner Bekämpfung. Köln/Weimar/Wien 2015, S. 83–100.

⁶⁰ Alle Referate, mit Ausnahme von Leopolds und von Rohrs, erschienen im folgenden Jahr in der Schriftenreihe zur politischen Bildung. Dies erklärt auch die Häufung der Publikationen zur Wirtschaft in der Reihe 1927/28.

⁶¹ Vgl. Breuer, Stefan: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik. Darmstadt 2008, S.191 f.

⁶² Hesse, Emmy: Mitgliederversammlung am 6. Oktober 1930 in Kassel, in: Mitteilungen der GDS, Nr. 3 u.4, Januar 1931, 9. Jg., S. 5., in: ULB Halle.

Den trefflichsten Einblick in die Arbeit der GDS verschafft eine Betrachtung der Haupttagung der GDS zu ihrem zehnjährigen Bestehen. Diese fand vom 5. bis zum 10. Oktober 1930 in Kassel statt. Inhaltlich war er unter das Thema „Der Freiheitskampf der Völker“ gestellt und war dementsprechend sehr nationalistisch ausgerichtet. So forderte der Freiherr von Minnigerode eine „nationale und heldische Staatstheorie“ und betitelte die Demokratie als einen „Haufen von Atomen“⁶³. Politiker und prominente Mitglieder der DNVP waren bei der Tagung aus dem Programm verdrängt worden. Für die Zuhörer galt dies weniger. Mit Wilhelm von Kries nahm der Pressechef der DNVP⁶⁴ zusammen mit 500 weiteren Zuhörern an der Veranstaltung teil.⁶⁵ Die Wahl Hugenbergs zum DNVP-Vorsitzenden und der Rechtsschwenk der Partei hatten der GDS neues Leben eingehaucht und ließen ihre Positionen für ein größeres Publikum interessant erscheinen. Hugenberg hatte sich bei der Übernahme des Parteivorsitzes im Gegenzug wohl die Unterstützung des Alldeutschen Verbandes gesichert, zu dem auch Paul Bang gehörte.

Deutlicher wurde die Tendenz einer stärkeren Beachtung, aber auch Einflussnahme Hugenbergs und der DNVP in den folgenden Jahren. Die Teilnehmer der GDS-Haupttagung im Jahr 1932 befassten sich mit dem Thema „Die nationale Freiheitsbewegung und der deutsche Geist“. Als Novum lässt sich verzeichnen, dass Hugenberg selbst ein Referat zum Hauptthema hielt. Der Parteivorsitzende der DNVP führte diesbezüglich aus, „daß es sich um einen Kampf gegen untermenschliche Kräfte der Zerstörung handle, gegen die wir heute fechten, wie einst gegen Hunnen und Tartaren“⁶⁶. Hierin verbanden sich damit Antibolschewismus und Antisemitismus aufs Äußerste, um den notwendigen Kampf des deutschen Volkes zu legitimieren. Auch Prof. Fritz Lenz war Teilnehmer der Tagung. Er sprach über das Thema „Biologische Notwendigkeiten der Kulturpolitik“ und vertrat dabei die Auffassung, dass die Kulturpolitik nur auf Basis der Rasse betrieben werden könne, solle diese zu Höchstleistungen animiert werden. Dabei forderte er unter anderem die Rückführung von Frauen aus dem Berufsleben in die Familie.⁶⁷ Damit waren zusätzliche Positionen vertreten, die emanzipatorische Errungenschaften zurückweisen wollten.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Teilnehmer der Tagung ergab sich ein ähnliches Bild wie bei den Referenten. Neben Annagrete Lehmann, DNVP-Abgeordnete und eine der wenigen Frauen im Umkreis der GDS, nahmen Angehörige des Pommerschen Landbundes, der Deutschen Adelsgenossenschaft und des Alldeutschen Verbandes teil. Die enge Verbindung mit dem Adel war schon im Mai 1928 anlässlich einer gemeinsamen Tagung der GDS mit der Deutschen Adelsgenossenschaft sichtbar geworden. Bereits auf dieser Tagung, die sich dem „Kampf um das deutsche Wesen“ widmete, hatten Antisemitismus und Antiindividualismus thematisch im Vordergrund gestanden. So wurde unter anderem die Vergabe des Staatsbürgerrechts an jüdische

⁶³ Haupttagung der Gesellschaft Deutscher Staat e.V., in: BA Berlin R 1501/126016, Bl. 2.

⁶⁴ Vgl. von Kries: Weltwirtschaftskrisis und Ders.: Der Freiheitskampf unterdrückter Völker, in: Der Tag, v. 12.10.1930.

⁶⁵ Vgl. Hesse, Emmy: Geschäftliche Mitteilungen, in: Mitteilungen der GDS, Nr. 3 u.4, Januar 1931, 9. Jg., S. 4., in: ULB Halle.

⁶⁶ [Nehring, Joachim]: Die Aufgabe deutscher Staatskunst. Hugenberg auf der Tagung der „Gesellschaft Deutscher Staat“, in: Deutsche Zeitung, v. 19.05.1932.

⁶⁷ Vgl. Nehring, Joachim: Mobilmachung des deutschen Geistes. „Nationale Wissenschaft und nationale Politik gehören zusammen!“, in: Deutsche Zeitung, v. 20.05.1932.

Bürger als „außerordentlich verhängnisvolle Maßnahme“⁶⁸ bezeichnet. Auch die Adelsgenossenschaft war in ihrem Wesenskern vor allem völkisch und antisemitisch, wie sich am Ausschluss „nichtarischer“ Adelige im Mitgliedsstatut zeigt.⁶⁹

Der GDS, die, wie Justus H. Ulbricht einschätzt, um 1930 „ihre besten, einflussreichsten Jahre bereits hinter sich“⁷⁰ hatte, war es noch einmal gelungen, sich selbst neues Leben einzuhauchen. So versuchten die Mitglieder nicht mehr über politische Schriften Anhänger zu gewinnen. Da ihnen nahestehende Personen inzwischen wichtige Positionen besetzten, sahen sie sich vielmehr in der Lage, ihre Vorstellungen an den entsprechenden Stellen umzusetzen und politisch wirksam zu werden. Hugenberg, zu dem es wesentliche persönliche Verbindungen gab, sollte als Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung in das erste Kabinett Hitlers aufrücken und war damit für jenes Ressort zuständig, dem sich die Mitglieder der GDS thematisch besonders häufig gewidmet hatten.

5. Epilog und Fazit

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten sollte die Gesellschaft Deutscher Staat zunächst wie alle anderen Hochschullehrerverbände gleichgeschaltet und durch die Eingliederung in den Reichsverband der Deutschen Hochschulen aufgelöst werden. Zunächst beschloss sie auf einer Tagung am 11. November 1933 ihre angebliche Selbstauflösung.⁷¹ Dennoch hielt die GDS in den folgenden Monaten weitere Tagungen ab. Die Reaktion folgte: Herwart Fischer, Leiter des Reichsverbandes der Deutschen Hochschulen, nahm Einfluss bei Max Kloss. Dieser sorgte dafür, dass die GDS kein weiteres Eigenleben führte.⁷²

Im Gegenzug hatte Wundt seine Aufnahme in das Amt für nationalsozialistische Wissenschaft und Erziehung erwirkt, dessen Leitung er mit Ernst Kriek übernahm. Auch das Vorstandsmitglied Minnigerode sollte sich später als „Mitarbeiter“ [Anführungszeichen im Original!]⁷³ des Amtes bezeichnen. Ernst Kriek, der in den 1920er Jahren selbst am Politischen Kolleg in der Arbeitsstelle für Kulturpolitik mitgewirkt hatte, sorgte so auch für die Integration der Mitglieder der GDS in das „Dritte Reich“.

Den Mitgliedern der GDS wurde bei der folgenden offiziellen Auflösung am 6. Januar 1934 empfohlen, dem Alldeutschen Verband beizutreten. Die „geistige Gemeinschaft“ und die Notwendigkeit zur Mitwirkung am Aufbau des Dritten Reiches wurden hier freilich noch einmal betont.⁷⁴ Dass die Ideale der GDS weiterhin umgesetzt werden, dafür versuchte Minnigerode Sorge zu tragen. Er initiierte im Juli 1934 eine Gelehrtentagung, die nach dem Vorbild der Arbeit der GDS wirken sollte. Minnigerode betonte dabei, dass

⁶⁸ o.A.: Tagung in Schätz, in: Deutsches Adelsblatt, Nr. 14, v. 11.05.1928.

⁶⁹ Vgl. Deutsches Adelsblatt, Nr. 14, v. 11. Mai 1928.

⁷⁰ Ulbricht, Justus H.: „Goethe-Schiller-Universität Jena-Weimar“? Die Salana im politisch-intellektuellen Netzwerk der Doppelstadt - eine Skizze, in: Hoßfeld/John/Lemuth/Stutz (Hg.): „Kämpferische Wissenschaft“. S.321-360, hier S. 342 f.

⁷¹ Vgl. Schreiben F. [Herwart Fischer] an Ernst Kriek vom 3. Januar 1934, in: BA Berlin R 8088/1045, Bl. 21-25, hier Bl. 21.

⁷² Vgl. Schreiben F. [Herwart Fischer] an Ernst Kriek vom 3. Januar 1934, in: BA R 8088/1045, Bl. 21-25, hier Bl. 23.

⁷³ Vgl. Abschrift 1183/34 Schreiben Minnigerode an [unbekannt, vom Juli 1934], in: BAArch, R 8088/1082.

⁷⁴ Vgl. Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Staat [Januar 1934], in: BAArch, R 8088/1045, Bl. 16.

sich die Ausbildung von „Staatslehrern deutscher Art“ nun „in ganzer Nachdrücklichkeit und Unbehindertheit durchführen“⁷⁵ lasse.

Eine letztmalige Erwähnung der GDS erfolgte im Zuge der Auflösung des Reichsverbandes der Deutschen Hochschulen. Obwohl die GDS zu diesem Zeitpunkt offiziell bereits seit mehr als anderthalb Jahren aufgelöst war, hatte Wundt der Auflösung des Hochschulverbandes eine Bedeutung für die ehemaligen Mitglieder der GDS beigemessen.⁷⁶ Demnach bestand trotz der offiziellen Auflösung weiterhin eine Verbindung. Die in den 1920er Jahren geknüpften Kontakte überdauerten die Zeit.

Welche Rolle spielte die GDS in ihrer aktiven Zeit? Wie nahm sie Einfluss auf das Zeitgeschehen? Geboren aus dem Verständnis einer konservativen und monarchisch treuen alten Elite, deren Führungsanspruch sich auf ihrer intellektuellen Leistung gründete, sahen die Mitglieder im Zuge der Demokratisierung der Gesellschaft ihre soziale Position in Gefahr. Zunächst im Sinne eines universitären Netzwerks tätig, das sich vor allem mit Staatsaufbau und Staatsrechtslehre befasste, die den deutschen Staat außenpolitisch zu alter und darüber hinausreichender neuer Größe führen sollte, begann die GDS in weitere Teile der Gesellschaft zu wirken.⁷⁷ Sie versuchte demokratische Prinzipien als „undeutsch“ zu definieren und verfolgte einen rassistisch begründeten Nationalismus. Im Umfeld der DNVP, mit der Übernahme des Vorsitzes durch Hugenberg stärker in ihr Zentrum rückend, gewann sie durch Schulungsarbeit breitere Massen für ihre Ideen. Hierbei ging es um die Schulung derjenigen, denen die Leitung des Staates anvertraut werden sollte. „Blut und Bildung“⁷⁸, um den Vorsitzenden Max Wundt zu zitieren, wurden damit zu Kriterien bei der Bewertung der Eignung zur Führerschaft. Die bereits begriffliche wie sprachliche Nähe zur Blut-und-Boden-Ideologie der Nationalsozialisten bedarf keiner weiteren Ausführung.

Indem die GDS auf der Grundlage eines völkischen Prinzips eine Führerfigur aus dem deutschen Adel hervorbringen wollte, die keiner demokratischen Unterstützung bedurfte, bereitete sie den Boden für den NS. Ihre strikte Ablehnung des Parlamentarismus und des Liberalismus zugunsten eines „starken“ Staates hatte sie zunächst in die Nähe Hugenbergs gerückt, war aber schließlich ebenso mit den Vorstellungen Hitlers verknüpfbar. Als weiterer Beleg hierfür gilt der Werdegang Max Wundts. Er blieb bis 1945 Professor an der Universität Tübingen und wurde Mitglied der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland. Hier verbanden sich schlussendlich Wundts Antisemitismus und seine historischen Ansichten. Damit war die GDS angekommen in der „Zukunft des deutschen Staates“, auf dessen grundlegendes Wertesystem sie seit ihrer Gründung hingearbeitet hatte.

⁷⁵ Vgl. Abschrift 1183/34 Schreiben Minnigerode an [unbekannt, vom Juli 1934], in: BArch, R 8088/1082.

⁷⁶ Vgl. Schreiben Wundt an [unbekannt], vom 18. September 1935, in: BArch, R 8088/1045, Bl. 2.

⁷⁷ Zum Erfolg der Netzwerkarbeit vgl. Grünzig, Matthias: „Die Geburtsstunde des Dritten Reiches“. Netzwerkbildung antidemokratischer Kräfte in Potsdam während der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 86 (2020), 4, S. 311–321, hier S. 320 f.

⁷⁸ Wundt, Max: Führertum durch Blut und Bildung, in: Deutsches Adelsblatt, Nr. 18 vom 01.07.1925.

Zitiervorschlag Ronny Noak: „Blut und Bildung“. Die Gesellschaft Deutscher Staat als Scharnier zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, 16 (2022), 31, S. 1–16, online unter https://www.medaon.de/pdf/medaon_31_noak.pdf [dd.mm.yyyy].

Zum Autor Ronny Noak ist pädagogischer Mitarbeiter beim Thüringer Volkshochschulverband und promoviert an der Forschungsstelle Weimarer Republik der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu den Parteischulen zwischen 1918 und 1933. Neben seiner Mitarbeit als Redaktionsmitglied bei Medaon ist er als Referent in der politischen Bildung aktiv.